



## Ergebnisse der Vernetzungstagung

# Viel geschafft – viel zu tun

Am 22. und 23. Januar diskutierten Aktive aus 75 Erwerbsloseninitiativen aus ganz Deutschland im ostwestfälischen Lage-Hörste unter dem Motto „Gemeinsam Stärke entwickeln!“ über die politische Situation sowie mögliche Aktivitäten und Arbeitsschwerpunkte. Die Initiativen vereinbarten, anlässlich des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Höhe der Hartz-IV-Leistungen (9.2.2010) am 8. und 9. Februar bundesweit mit dezentralen Aktionen für deutlich höhere Hartz-IV-Sätze zu werben (und am 8.2. auf „Überprüfungsanträge“ hinzuweisen). Da aus dem Urteil nicht automatisch eine ausreichende Verbesserung folgt, soll in den nächsten Monaten politischer Druck für eine deutliche Erhöhung und gegen Scheinlösungen wie Bürgergeld oder die diskutierte 500-EUR-Kinderpauschale gemacht werden.

Die Tagung beschloss zudem, die parteiübergreifende Initiative Sankti-

onsmoratorium zu unterstützen, bei der Prominente und mittlerweile 17.000 Unterzeichner ein Aussetzen der Sanktionen (nach § 31 SGB II) fordern. Indem die örtliche Sanktionspraxis und deren verheerende Auswirkungen – etwa anhand von anonymisierten Beispielfällen – skandalisiert werden, soll vor Ort für ein Aussetzen der Sanktionen geworben werden.

Die Arbeitsmarktforscherin Dr. Alexandra Wagner bezeichnete den so genannten Aktivierungsansatz („Fordern“) als weder notwendig noch nützlich. Die Begleitforschung belege, dass Hartz-IV-Bezieher sehr stark auf Erwerbsarbeit orientieren und arbeiten wollen. Das Antreiben und Zwingen in nicht vorhandene Arbeitsplätze sei schädlich, da es die Betroffenen stark psychisch belastet und zu einer sinnlosen Bewerbungsflut führe, in deren Folge Arbeitgeber Initiativbewerbungen zunehmend skeptisch gegenüber

## INHALT

- Hartz-IV-Bilanz
- KdU & Pauschalen
- BSG-Urteile
- Neuorganisation Träger



stunden. Aus aktuellem Anlass forderte die Tagung, dass die 20 EUR, die bei Hartz IV zu Jahresbeginn aufgrund der Kindergelderhöhung zu viel gezahlt wurden, von den Ämtern nicht zurück gefordert werden sollten. Der Gesetzgeber sollte den 20-EUR-Erhöhungsbetrag rückwirkend anrechnungsfrei stellen.

Große Einigkeit bestand unter den Teilnehmern darin, dass die Kosten der Unterkunft (KdU) als wichtiges und Erfolg versprechendes Arbeitsfeld für örtliche Aktivitäten angesehen werden: Die Erstattung der tatsächlichen Wohnkosten hat einerseits eine immens hohe Bedeutung für die Existenzsicherung und zudem liegt die Entscheidungskompetenz über die Ausgestaltung der Leistungen (derzeit noch) bei den Kommunen, so dass einzelne Verbesserungen eher durchsetzbar sind.

Herzstück der Tagung war die intensive Arbeit in sieben Arbeitsgruppen zu den Themen: Ämterbegleitung/Zahltagaktionen, Beratung/Soziale Zentren, Regelleistung/Existenzsicherung, KdU, Sanktionsmoratorium, Arge-Neuorganisation und Arbeitsmarktpolitik. In den AGs wurden auch Ideen entwickelt, wie die Themen vor Ort angepackt werden können und welche Aktionsformen möglich sind. Diese Anregungen werden zurzeit zu kleinen Arbeitshilfen aufbereitet, die nach und nach auf unserer Internetseite veröffentlicht werden.



## Erwerbslosentagung am 22./23. Januar in Lage-Hörste

Koordinierungsstelle  
gewerkschaftlicher  
Arbeitslosengruppen